

Abteilung Soziales
Soz Dez

06.05.2015
2240

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 06.05.2015

Lfd. Nr. : 9.15

über

Drs. Nr. : 1288/XIX

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

nachrichtlich den Fraktionen der
SPD, CDU, Grünen, PIRATEN und LINKEN

Dringlichkeit

schriftlich

Konsensliste

Beantwortung der Mündlichen Anfrage

Wohnstandorte für Geflüchtete in modularer Bauweise in Neukölln?

Sehr geehrter Herr Vorsteher / sehr geehrte Frau Vorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Posselt,

das Bezirksamt beantwortet Ihre Mündliche Anfrage zusammenfassend wie folgt:

Das Bezirksamt wurde von der Senatsverwaltung für Soziales im Rahmen einer Stadträte-Runde allgemein über diese Planung unterrichtet, Mitte April hatten auch Berliner Medien umfangreich darüber berichtet.

Demnach plant der Senat, anders als bei den sechs Containerdörfern die derzeit entstehen, die neuen Unterkünfte als modulare Fertigteilhäuser. Damit sollen in den Jahren 2016 und 2017 mindestens 7.200 weitere Wohnplätze für Flüchtlinge (3.600 pro Jahr) geschaffen werden. Baubeginn könnte im Herbst 2015 sein.

Für die geplanten Unterkünfte in modularer Bauweise teilte das LAGeSo auf Anfrage mit, dass bislang zwei Standorte – beide nicht in Neukölln - als geeignet an den Bauherrn SenStadtUm weitergeleitet wurden.

Unter Einbeziehung der jeweiligen Bezirke werden derzeit weitere Standorte auf Ihre Eignung geprüft. Einer davon soll lt. Auskunft des LAGeSo in Neukölln liegen, allerdings hat das Bezirksamt trotz schriftlicher Nachfrage bisher noch keine Angaben zum genauen Ort erhalten. Die Möglichkeit der frühzeitigen Information der Anwohnenden durch die Bezirksverwaltung soll lt. LAGeSo jedoch gewährleistet werden.

Da die Standortsuche andauert, kann auch die Frage nach der endgültigen Anzahl der geplanten Unterkunftsstandorte pro Bezirk noch nicht beantwortet werden. Sobald das Bezirksamt Kenntnis über Standorte in Neukölln erlangen sollte, auf denen modularen Unterkünfte gebaut werden, wird es selbstverständlich die Gremien der BVV unterrichten und schnellstmöglich die Nachbarschaft informieren.

B. Szczepanski
Bezirksstadtrat

Es gilt das gesprochene Wort!